

Wandelnde Bewertung

Paul von Hindenburg

Forschungsstand

Seit den 2000er Jahren ist durch intensive neue Forschung, die sich vor allem auch einer erheblich erweiterten Quellengrundlage bedient hat, und den daraus resultierenden Veröffentlichungen ein gründlich revidiertes Hindenburg-Bild gezeichnet worden. Sieht man genauer hin, haben auch schon vor 2000 renommierte Historiker Hindenburgs Leistung als General/Generalfeldmarschall relativierend und seine Rolle als Reichspräsident beim Scheitern der Weimarer Republik als verhängnisvoll beschrieben. Erwähnenswert sind:

- Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917 – 1933 (Die Deutschen und ihre Nation, Band 4) Berlin **1982**;
- Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 – 1945 (Die Deutschen und ihre Nation, Band 5), Berlin **1986**;
- Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang. 1918 bis 1933, Frankfurt a. M. **1990**;
- Christian Graf von Krockow, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890 bis 1990, Berlin **1990**
- Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München **1992**;
- Heinrich August Winkler, Weimar 1918 – 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München **1993**.

Zu den neueren wissenschaftlichen Werken, die Hindenburg bereits äußerst kritisch bewerten, gehören:

- Gerd Krumeich, Die Dolchstoß-Legende, in: Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001;
- Frithjof Benjamin Schenk, Tannenberg/Grunwald, in: Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001;
- Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Erster Band: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2002;
- Wolfgang J. Mommsen, Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918 (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 17, hg. von Jürgen Kocka), Stuttgart 2002.

Neubewertung

Der bedeutendste Schritt zur Neubewertung Hindenburgs wurde mit der Vorlage einer umfangreichen Biographie durch den Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta, Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München **2007**, getan. Der Autor betont den Zugriff auf bislang unerschlossene Dokumente; der Leser kann dies in einem sehr ausgedehnten Quellenverzeichnis und im Nachweis aller Aussagen und Wertungen verifizieren. Nicht ein einziges Mal bleibt der Autor in allgemeinen oder unbestimmten, jede Aussage wird mit detaillierten und plausiblen Nachweisen und Zitaten aus amtlichen und

nichtamtlichen Quellen belegt. Sehr überzeugend ist die neue Betrachtungsweise der Person Hindenburg durch den Biographen. Er lässt den Leser »Hindenburg in seiner herrschaftlichen Eigenschaft begegnen.« »Die Konzentration auf die herrschaftliche Seite der Gestalt Hindenburg ist eine Folge von dessen maßgeblicher Beteiligung an zentralen politischen Weichenstellungen. Der 9. November 1918 – der Sturz der Monarchie und die anschließende Flucht Kaiser Wilhelms II. in die Niederlande – und der 30. Januar 1933 – ein im hohen Maße schicksalsträchtiges Datum nicht nur der deutschen Geschichte – bilden die beiden wichtigsten dieser historischen Zäsuren, an denen Hindenburg ein erheblicher Anteil zufiel.« (Wolfram Pyta, Vorwort, 2007) Das Grundanliegen, die Ursachen für das Handeln und Verhalten Hindenburgs aufzuschlüsseln, durchzieht die Biographie.

In der Folge haben sich weitere Historiker der Sichtweise und Wertung W. Pytas angeschlossen bzw. dies weiter ausgeführt. Zu nennen sind insbesondere:

Anna von der Goltz, Hindenburg: Power, Myth, and the Rise of the Nazis, Oxford Historical Monographs, Oxford 2009;

Ursula Büttner, Weimar – die überforderte Republik 1918 – 1933 (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Band 18, hg. von Wolfgang Benz), Stuttgart 2010;

Manfred Nebelin, Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2011, und zuletzt

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914 – 1945, München 2011.

Hindenburg-Mythos

Paul von Hindenburg (eigentlich von Beneckendorff und von H.) war ein erfolgreicher aber in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannter General der Kaiserzeit. In das Rampenlicht der Geschichte rückte er ganz unverhofft, als er bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914 – 1918) im August 1914 reaktiviert und mit dem Oberbefehl der 8. Armee betraut wurde, weil die Oberste Heeresleitung (OHL) für den operativen Stab dieser Armee unter Stabschef Generalmajor Erich Ludendorff, der aus Anciennitätsgründen für einen Oberbefehl nicht in Frage kam, einen zurückhaltenden Vorgesetzten benötigte, der eher eine »dekorative Figur« abgeben, den Strategen Ludendorff aber in seinen Entscheidungen und militärischen Operationen nicht beeinträchtigen sollte. Mit dem Sieg bei Tannenberg (die Schlacht wurde von Ludendorff geplant und gelenkt), gelang der 8. Armee ein sensationeller Sieg über die schon in Ostpreußen einmarschierte, zahlenmäßig weit überlegene russische Narew-Armee. Hindenburg war es nach der erfolgreichen »Schlacht von Tannenberg« (den Namen hat Hindenburg selbst geprägt) gelungen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dass es seiner »gravitatischen Unbeirrtheit« (Wolfram Pyta, Hindenburg, 2007) zu danken gewesen sei, dass man am einmal gefällten Schlachtenplan festhielt und deshalb den Sieg errungen hätte.

Dieser »Tannenberg-Mythos«, der sich je länger je nachhaltiger zu einem allgemeinen »Hindenburg-Mythos« formen ließ – und dies mit wesentlicher Anteilnahme von Hindenburg selbst – verfestigte sich in der veröffentlichten Meinung. »Im Gegensatz zu den beiden anderen deutschen Schlachtenmythen des Ersten Weltkriegs – Langemarck und Verdun – bildete den Kern der Erzählung, die sich um Tannenberg spannt, nicht das deutsche Heer oder der einfache Soldat, sondern Hindenburg, der [angeblich] greise Anführer der siegreichen Schlacht. Um ihn entwickelte sich nach 1914 ein multimedialer Personenkult. Schnell wuchs er über die Rolle des „Retters von Ostpreußen“ und des „Russenschrecks“ hinaus und wurde zum „Heros der Deutschen“.« (Frithjof Benjamin Schenk, Tannenberg, Deutsche Erinnerungsorte I, 2001). Hindenburg hat das mit zunehmendem Selbstbewusstsein wahrgenommen, genossen und selbst gefördert.

Der Hindenburg-Mythos hat nicht nur die Kriegsniederlage 1918 überlebt, er war von generationenübergreifender Dauer; es scheint nicht ganz unberechtigt, davon zu sprechen, dass dieser Mythos eine gewisse Wirkung bis heute zeigt. Mit wachsendem Gespür für geschichtspolitische Symbolik pflegte Paul von Hindenburg seit 1914 - gerade auch in der Zeit seiner Reichspräsidentschaft - selbst diesen Mythos.

Wichtige »Stationen« Hindenburgs

Hier wird im Wesentlichen der neueren wissenschaftlichen Literatur seit 2000 gefolgt. Wissenschaftlich seriöse Werke, wie sie hier ausschließlich herangezogen wurden, rezipieren unter Quellenangabe ältere Literatur und diskutieren sie, so dass auf ältere oder gar veraltete Werke nicht zurück gegriffen werden muss.

Erster Weltkrieg

Radikalisierung und Verlängerung des Krieges durch Hindenburg

Paul von Hindenburg wurde im August 1916 zum Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) ernannt und damit der höchste verantwortliche deutsche Offizier des Ersten Weltkriegs. Der unentbehrliche Erich Ludendorff blieb als Erster Generalquartiermeister an seiner Seite. Seit Januar 1915 hatten beide gegen den bisherigen Chef der OHL, General Erich von Falkenhayn »eine sinistre Kampagne« betrieben, mit dem Ziel, dessen Ablösung zu erreichen (W. J. Mommsen, 2002). Falkenhayn, der als »Schwarzseher« denunziert wurde, hatte nach dem Steckenbleiben der Westoffensive und dem Übergang in einen Stellungskrieg Friedensverhandlungen das Wort geredet, was den Interessen der fanatischen Anhänger des »Siegfriedens« und der Ostexpansion, Hindenburg und Ludendorff, zuwider lief.

Die Übertragung der OHL an die beiden »... hat die Kriegführung noch einmal radikalisiert – bis in die Nähe eines totalen Krieges und bis zur Alternative von Sieg oder Untergang. Das hat die politische Führung geschwächt, die Kräfte der Reform und die Realisten, die eher einer Friedens- ja Verständigungspolitik zuneigten« (Th. Nipperdey, 1992). Hindenburg und Ludendorff hatten nun die militärische Gesamtverantwortung; bald mussten sie einräumen, dass sie die Schwere der Kämpfe im Westen erheblich unterschätzt hatten (W. J. Mommsen, 2002).

Während Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Hindenburg zunächst in politischen Fragen übereinstimmten, sollte die Friedensfrage die beiden im Laufe des Jahres 1916 einander entfremden. Darüber hinaus entdeckte Hindenburg sich mehr und mehr als Politiker, der auch Konflikten mit dem Kanzler nicht aus dem Weg ging. Als im Dezember 1916 ein vom Kanzler initiiertes deutsches Friedensangebot an alle Mächte erfolgte und US-Präsident W. Wilson darauf mit einer Note reagierte, in der er die kriegführenden Staaten aufforderte, Bedingungen für einen Friedensschluss zu formulieren, »... versagte die Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler in der Friedensfrage die Gefolgschaft und würgte ein konstruktives Eingehen auf die Wilsonnote ab, indem Hindenburg kategorisch erklärte: „Wir können meines Erachtens aus nationalen Gründen in Rücksicht auf unsere starke militärische Position darauf jetzt nicht mehr eingehen.“« »Bethmann Hollweg war der erste Politiker, der Hindenburgs militantes Politikverständnis zu spüren bekam.« (W. Pyta, 2007).

Das Wort von der »starken militärischen Position« war eine Täuschung von Reichsregierung und Reichstag. Angesichts der Überlegenheit der Alliierten an der Westfront forderte die OHL gemeinsam mit der Marineleitung den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Der U-Boot-

Krieg führte zum Kriegseintritt der USA auf Seiten der Alliierten. Im Osten brachte die russische Oktoberrevolution allerdings eine militärische Entlastung. Am 3. Dezember 1917 kam es in Brest-Litowsk zu Waffenstillstands- und anschließend zu Friedensverhandlungen.

Die Oberste Heeresleitung griff seit Herbst 1916 massiv in die Außen-, Innen- und auch Personalpolitik der Reichsregierung ein. Ob das System unter Hindenburg, und vor allem unter Ludendorff, eine »Diktatur« genannt werden kann, ist in der Wissenschaft nicht ganz unumstritten. Unumstritten ist die außerordentliche Machtfülle, über die die Oberste Heeresleitung verfügte. »Das alte System war zu weitsichtigem, realistischem Handeln nicht mehr in der Lage und überließ der Obersten Heeresleitung weitgehend die Initiative.« (W. J. Mommsen, 2002). Dies zeigte sich auch im Abschluss des Friedens von Brest-Litowsk. » im Osten tobte sich die imperiale Herrschaft der Militärs ungebremst aus.« Der Friedensschluss zeitigte eine weitere Wirkung: »Der Abschluß des Gewaltfriedens von Brest-Litowsk begrub endgültig die Chancen, den Ersten Weltkrieg auf dem Verhandlungswege zu einem baldigen Ende zu bringen. Vielmehr verfestigte sich auch in den Führungskreisen der Westmächte die Meinung, daß der Krieg nun bis zu einem vollständigen „knock-out“ (Lloyd George) der Mittelmächte fortgeführt werden müsse.« (W. J. Mommsen, 2002)

Kriegsniederlage und Dolchstoßlegende Abwälzung der militärischen Verantwortung

Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff gehörten zu den hartnäckigsten Gegnern eines Verhandlungsfriedens. Im Frühjahr 1918 befahlen sie eine große Westoffensive. Sie brachte keinen kriegsentscheidenden Durchbruch. »Die deutschen Armeen waren nach diesen mit großem Einsatz und erheblichen Hoffnungen durchgeführten Angriffsoptionen ausgebrannt und physisch wie psychisch am Ende ihrer Kräfte. Zu Offensivaktionen waren sie nicht mehr bereit. Hindenburg und Ludendorff hatten ihr Spiel endgültig überreizt; sie hatten die Armeen immer wieder vor unlösbare Aufgaben gestellt und ihnen unerreichbare Angriffsziele vorgegeben. Die deutsche Öffentlichkeit wurde weiterhin, bis zum bitteren Ende, mit Durchhalteparolen gefüttert und mit geschönten Informationen über die wirkliche Lage getäuscht.« (W. J. Mommsen, 2002)

Im Allgemeinen wird der August 1918 als Wendemonat charakterisiert. Französische und britische Offensiven brachten die deutsche Armee ins Wanken. »Die OHL hat, in Illusionen und Willensfanatismus befangen, nur sehr langsam die veränderte Lage sich eingestanden und der Reichsleitung mitgeteilt. ... Die Nicht-Militärs waren gänzlich uninformiert, ja ahnungslos über den wahren Stand der Dinge.« (Th. Nipperdey, 1992). Am 14. September 1918 richtete Österreich-Ungarn ein Friedensersuchen an die Alliierten. Die Mehrheitsparteien im Reichstag forderten nun eine vom Parlament getragene Regierung, die erfolgsversprechende Verhandlungen zu einem Verständigungsfrieden aufnehmen könne. »Die Oberste Heeresleitung kam ihnen zuvor. Am 29. September 1918 verlangten die Heerführer im Großen Hauptquartier in Spa die sofortige Bildung einer parlamentarischen Regierung sowie die unverzügliche Herausgabe eines Waffenstillstandsangebots an den amerikanischen Präsidenten auf der Grundlage der „Vierzehn Punkte“ W. Wilsons. Ludendorff verfolgte mit diesem Schritt, der für jedermann völlig überraschend kam, das Nahziel, vermittels eines Waffenstillstands den deutschen Armeen eine dringend benötigte Atempause zu verschaffen und damit einen völligen Zusammenbruch der Westfront zu verhindern, und das Fernziel, jenen politischen Kräften, die es nach seiner Ansicht nicht zugelassen hatten, dass die militärische und wirtschaftliche Leistungskraft bis zum letzten für die Kriegsführung ausgeschöpft worden sei, die Verantwortung für die Niederlage – denn diese war nun nicht mehr abwendbar – zuzuschieben.« (W. J. Mommsen, 2002)

Im Oktober 1918 beurteilte die OHL die militärische Lage unvermittelt wieder rosig und versuchte, die Waffenstillstandsbemühungen (insbesondere die Noten des amerikanischen Präsidenten) zu unterlaufen. Der Konflikt mit Reichskanzler Max von Baden war unvermeidlich. Dies war für den bisher unangreifbaren Hindenburg gefährlich, weil der Kanzler den Kaiser, der als »Oberster Kriegsherr« das Weisungsrecht gegenüber den Militärs hatte, für seine Sache überzeugen konnte. Sein politisches Gespür gab Hindenburg ein, die Kraftprobe nicht auf die Spitze zu treiben. »Während sein Kompagnon Ludendorff die Auseinandersetzung mit den neuen Herrschaftsverhältnissen eskalieren ließ, weil er gefangen war in der Vorstellung, das Militär sei der Politik übergeordnet, schreckte Hindenburg vor der äußersten Eskalation zurück, weil er im Unterschied zum reinen Militär Ludendorff auch unter veränderten politischen Umständen noch herrschaftliche Wirkung entfalten konnte. Dafür musste er allerdings symbolisch unbeschädigt aus dem verlorenen Krieg herauskommen und im geeigneten Moment den Absprung von seinem „treuen Gefährten“ Ludendorff vornehmen, auf den dann die militärische Verantwortung für die Kriegsniederlage abgewälzt werden konnte.« (W. Pyta, 2007)

Nachdem der bayerische Kronprinz Rupprecht, selbst Generalfeldmarschall, und als Kommandierender einer Heeresgruppe im Westen befähigt, hinter die militärischen Kulissen zu schauen, beim Kaiser gegen Hindenburg und insbesondere Ludendorff interveniert hatte, sah sich Wilhelm II. am 26. Oktober 1918 zum Handeln gezwungen. Hindenburg hatte gedroht, dass bei einer Entlassung Ludendorffs auch er den Abschied nehmen würde. Der Kaiser »durchschaute Hindenburg besser als viele andere und war der festen Überzeugung, dass die vollmundigen Treuebekundungen zu Ludendorff nichts wert waren, wenn der Kaiser dem Generalfeldmarschall das Verbleiben an der Spitze des Heeres befahl.« (W. Pyta, 2007) Der Kaiser hielt an Hindenburg fest, weil er glaubte, dass mit ihm der Übergang vom alten Regime zur neuen parlamentarischen Monarchie symbolisch milder zu bewerkstelligen wäre. Hindenburg ließ Ludendorff ganz unsentimental fallen. »Seit diesem 26. Oktober 1918 ging ein tiefer Riss durch die Beziehung der beiden ehemals unzertrennlichen Generale, der einige Jahre zwar oberflächlich gekittet werden konnte, aber mit der Reichspräsidentschaft Hindenburgs erneut aufbrach. Ludendorff sollte nicht der einzige Weggefährte Hindenburgs bleiben, der sich bitter über dessen Undankbarkeit und dessen durchaus machiavellistische Fähigkeit beklagte, sich dann von Vertrauten zu trennen, wenn dies aus Eigeninteresse geboten schien.« (w. Pyta, 2007)

Waffenstillstandsverhandlungen durch Politiker

Am 6. November 1918 leitete die OHL mit der Reichsregierung die militärische Kapitulation ein. Im Innern des Reiches spitzte sich die revolutionäre Situation zu. Eine Delegation sollte zum Oberbefehlshaber der alliierten Truppen entsendet werden, die um Waffenstillstand bitten sollte. Die OHL hatte die Federführung bei den drängenden Waffenstillstandsverhandlungen unverzüglich an die Reichsregierung abgetreten, weshalb nicht Hindenburg selbst oder ein von ihm entsandter General die Delegation leitete – was der militärische Ehrenkodex geboten hätte -, sondern Staatssekretär Matthias Erzberger (Zentrumspartei), ein bei Konservativen und Militärs allseits verhasster Politiker und Emporkömmling. Hindenburg heuchelte Verwunderung darüber. »Aber er hat dieses Terrain nicht ungern an die Reichsregierung abgetreten, weil er dadurch einen Ansehensverlust von der Armee und nicht zuletzt von sich selbst abzuwenden hoffte. Schließlich stand zu erwarten, daß die harten Waffenstillstandsbedingungen der erst seit wenigen Wochen amtierenden Reichsregierung angelastet würden und nicht der für die militärische Niederlage verantwortlichen Obersten Heeresleitung.« (W. Pyta, 2007)

Am Vormittag des 8. November 1918 hat Erzberger in Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen entgegengenommen; am 9. November erreichte die Revolution Berlin. Der schnelle Umbruch 1918 durch die Revolution, die Unterzeichnung des Waffenstillstands und den Thronverzicht des Kaisers überraschte sowohl die Bevölkerung als auch die Soldaten und löste eine verstärkte Suche nach Ursachen und Erklärungen aus.

Dolchstoß – Leugnung der Verantwortung

Um die Heeresleitung und die Soldaten von der Verantwortung für die Niederlage zu entlasten, lenkten die Verantwortlichen vom Versagen der Armeeführung sowie von der militärischen Unterlegenheit der deutschen Truppen, deren Erschöpfung und schlechter Versorgungslage ab. Stattdessen projizierten sie Schuldzuschreibungen an die »Heimat«. Formulierungen wie »im Felde unbesiegt« gewannen an Verbreitung. Um eine entsprechende Erklärung für die nicht erwartete Niederlage zu finden (G. Krumeich, 2001), etablierte sich der Vorwurf an die »Heimatfront«, sie sei mit mangelnder Unterstützung und schließlich mit den revolutionären Bestrebungen dem Militär in den Rücken gefallen. Die als »Dolchstoßlegende« bekannt gewordene Argumentation gewann nicht zuletzt durch Hindenburgs Aussage vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung am 18. November 1919 an Aufmerksamkeit. Sein Auftritt vor dem Ausschuss sollte ein erstes markantes Zeichen seiner inneren politischen Orientierung werden. Der Generalfeldmarschall im Ruhestand sollte sich eigentlich Fragen zur Kriegsschuld stellen. Herrisch und stoisch ließ er es dazu gar nicht kommen, sondern verlas eine lang ausgefeilte Erklärung, mit der die »Dolchstoßlegende« quasi amtlich in die Welt gesetzt wurde.

Hindenburg war in Folge der Stilisierung der Tannenberg-Schlacht in weiten Kreisen der Bevölkerung beliebt und angesehen, so dass seiner Aussage Glaubwürdigkeit und Legitimität zugeschrieben wurde. Er äußerte vor dem Ausschuss die Einschätzung, dass das deutsche Militär trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes den ungleichen Kampf zu einem günstigen Ende hätte führen können, wenn die »geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat« eingetreten wäre« und nicht Parteiinteressen die nationale Einigkeit untergraben hätten. Eine heimliche »planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer« und revolutionäre Zermürbung habe dieses aber verhindert und sei damit Ursache der Niederlage. (Stenographischer Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, Berlin 1919) In seinen 1920 erschienenen Lebenserinnerungen (»Aus meinem Leben«) verknüpfte er dieses Argumentationsmuster zudem mit dem Siegfried-Motiv der Nibelungensage: »Wir waren am Ende! Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front; vergebens hatte sie versucht, aus dem versiegenden Quell der heimatlichen Kraft neues Leben zu trinken.« (Paul von Hindenburg, Aus meinem Leben, Leipzig 1934)

Hindenburg setzte das Motiv des Verrats von hinterrücks virtuos und wirkungsvoll für seine Zwecke ein, seine Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuss waren im Vorhinein durchdacht und ausformuliert. Als ähnlich durchdacht muss auch die Erklärung in den Lebenserinnerungen angenommen werden. Nach Hindenburgs Auftritt im Untersuchungsausschuss verselbständigte sich die »Dolchstoßlegende«. Andere hohe Militärs übernahmen bereitwillig diese Lesart. Nach »lange[r] Wühlarbeit« habe die Revolution dem Heer »im letzten Augenblick den Dolch in den Rücken gestoßen«. (zitiert nach G. Krumeich, 2001) Bis zum Abschluss des Versailler Vertrages 1919 und der sich steigernden Polemik gegen einen »Schandfrieden« bürgerte sich die Auffassung ein, dass bei Bekanntheit solcher Friedensbedingungen in der Endphase des Krieges Soldaten und Arbeiter ausgeharrt hätten, um bessere Bedingungen zu erreichen.

Anfangs blieb der Vorwurf an die »Heimatfront« vergleichsweise allgemein. Im Zuge der innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik gewann die »Dolchstoßlegende« an Zuspitzung und Sprengkraft: Dominierten erst Vorstellungen eines eher fahrlässigen Versagens, so entwickelten sich daraus Verdächtigungen der Konservativen bzw. des rechten Spektrums gegen die Linke (Sozialdemokraten, Kommunisten, Spartakisten) und gegen Juden, die einen gezielten und heimtückischen Verrat geübt hätten. (G. Krumeich, 2001) Einen politisch-propagandistischen Höhepunkt erreichte die Instrumentalisierung des Dolchstoß-Bildes im Reichstagswahlkampf 1924. Das Motiv des »Dolchstoßes«, der von Linken, Marxisten und Juden ausgeführt worden wäre, wurde im Übergang zur NS-Diktatur gebetsmühlenartig wiederholt und propagandistisch weiter instrumentalisiert. Eine solche Art der Bewältigung der Niederlage im Ersten Weltkrieg konnte dabei eine Brücke zwischen konservativ-bürgerlichen Teilen der Bevölkerung und Nationalsozialisten herstellen. (G. Krumeich, 2001)

Hindenburg – Politische Hypothek der Weimarer Republik

Die am 19. August 1919 in Kraft getretene Reichsverfassung schuf ein machtvolles Präsidentenamt. »Im politischen System nahm der Reichspräsident zweifellos die herausragende Position unter allen Verfassungsorganen ein, weswegen man die Weimarer Republik auch als ein semipräsidentielles System einstufen kann.« (W. Pyta, 2007) Die Bedeutung der verfassungsmäßigen Prerogative des Reichspräsidenten gegenüber Reichstag (Recht der Parlamentsauflösung) und Reichskanzler (alleiniges Ernennungsrecht) haben sowohl Friedrich Ebert als auch Paul von Hindenburg sehr wohl erfasst.

Mit dem überraschenden Tod Friedrich Eberts, des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, im Februar 1925 sollte sich für Paul von Hindenburg ein neues Wirkungsfeld eröffnen, für das er aufgrund seiner rational wie genussvoll wahrnehmenden Popularität und seiner politischen Profilierung als Chef der Obersten Heeresleitung nicht gänzlich unvorbereitet war. Nachdem sich die Wählerschaft im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentschaft nicht auf einen demokratischen Politiker verständigen konnte, ließ sich Hindenburg für den zweiten Wahlgang als Kandidat aufstellen. Ohne wirklich einen »Wahlkampf« im Sinne der Mobilisierung einer bestimmten Klientel führen zu müssen, wurde er am 26. April 1925 mit klarer Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt. Hindenburg war der Kandidat der rechtsgerichteten Wählerschaft.

»Die Wahl Hindenburgs kam einer konservativen Umgründung der Weimarer Republik gleich. Sein Sieg war kein Plebiszit für die Wiederherstellung der Monarchie, aber doch ein Volksentscheid gegen die Form von parlamentarischer Demokratie, die man seit 1919 erlebt hatte.« (H. A. Winkler, 2011) »... mit Hindenburg berief die Mehrheit der Wähler einen Mann an die Spitze des Staates, der ein zumindest ambivalentes Verhältnis zu den demokratischen Institutionen dieses Staatswesens unterhielt und der innerlich nie auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates stand, auch wenn er sich in formaler Hinsicht lange Zeit durchaus pflichtschuldig an die geltenden Verfahrensregeln hielt, ohne allerdings ihren Geist zu erfassen. Welche politische Hypothek die Republik sich mit der Wahl Hindenburgs aufgeladen hatte, sollte spätestens 1930 offenkundig werden, als das demokratische Staatswesen in schweres Fahrwasser geriet und die Navigationskunst eines zuverlässigen Steuermannes dringend nötig gewesen wäre. Doch in ihrer Existenzkrise fehlte der Weimarer Republik ein fester und zuverlässiger präsidialer Rückhalt.« (W. Pyta, 2007)

Der Reichspräsident der Weimarer Republik war kein bloß repräsentatives Staatsoberhaupt. Dessen war sich Paul von Hindenburg von Anfang an bewusst. Sein Herrschaftsverständnis

und –willen machten es ihm zur Aufgabe, von den verfassungsrechtlichen Befugnissen des Amtes energisch und ausgreifend Gebrauch zu machen. Der vormalige Reichskanzler und HAPAG-Reederei-Generaldirektor Wilhelm Cuno ließ Hindenburg eine Denkschrift zukommen, in der der Politikstil Friedrich Eberts als vorbildhaft für einen starken Reichspräsidenten beschrieben wurde. Zusätzlich zu diesen Empfehlungen standen Hindenburg noch charismatische Ressourcen zur Verfügung (W. Pyta, 2007), die das Gewicht des Amtes unschätzbar erhöhen mussten.

Am 2. Oktober 1927 wurde Hindenburgs 80. Geburtstag reichsweit enthusiastisch gefeiert. Bei den offiziellen Feierlichkeiten in Berlin wahrte Hindenburg eine auffallende Distanz zu den Verfassungsorganen. »Weder Reichstag noch Reichsregierung waren institutionell in den Ablauf der Feier eingebunden, deren Organisation ganz beim Büro des Reichspräsidenten und damit bei Staatssekretär Meißner lag. In Einvernehmen mit Hindenburg sorgte dieser dafür, dass die republikanische Staatsform so weit wie möglich in den Hintergrund trat. Hindenburg ließ sich am 2. Oktober nicht vom Staat und seinen Organen feiern, sondern von ausgewählten Gruppen« (W. Pyta, 2007) Dazu zählten natürlich die Krieger- und Militärvereine und ganz offiziell die Rechtsparteien. Die Repräsentanten der sozialistischen Arbeiterbewegung waren ausgeschlossen.

Die Krise der Weimarer Republik

Im März 1930 brach die Große Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller auseinander. Von nun an ließ Hindenburg nicht mehr zu, dass sich die Sozialdemokratische Partei an einer Regierung beteiligen konnte. Hindenburg ernannte den Fraktionsvorsitzenden der Zentrumsparlei, Heinrich Brüning, »ein damals vierundvierzigjähriger asketischer Junggeselle aus dem westfälischen Münster« (H. A. Winkler, 2011), zum Reichskanzler. Das erste Kabinett Brünings wird noch als »nicht eindeutig zu bestimmendes Mittelding zwischen präsidentieller und parlamentarischer Regierung« (W. Pyta, 2007) oder auch als »verdecktes Präsidialkabinett« (H. A. Winkler, 2011) bezeichnet.

Nachdem der Reichstag im Juli 1930 eine Notverordnung abgelehnt hatte, löste Hindenburg umgehend das Parlament auf. Zwar waren Notverordnungsvollmacht und Auflösungsbefugnis verfassungskonforme Rechte des Reichspräsidenten, die Kombination beider bedeutete aber, »das präsidiale Regieren auf die Spitze zu treiben«. (W. Pyta, 2007) Auch nach der Wahl vom September 1930 hielt Hindenburg an der Präsidialregierung fest, Kanzler Brüning war jedoch auf die Tolerierung durch die SPD angewiesen. Die Entwicklung zum »Regime der Notverordnungen« war trotz der Proteste der Sozialdemokraten nicht aufzuhalten (H. A. Winkler, 2011), zumal der Reichstag nur noch gelegentlich zusammentrat.

Unvorhergesehene Wiederwahl

Die Amtszeit des Reichspräsidenten endete im Frühjahr 1932. Für eine Wiederwahl wollte sich Hindenburg zunächst nicht zur Verfügung stellen. Da er aber keinen für ihn genehmen Kandidaten nominieren konnte, fand er allmählich Gefallen an der Vorstellung, zumindest für eine Übergangszeit noch einmal zu amtieren. Er stellte sich schließlich für eine Wiederwahl bereit. Obwohl Adolf Hitler als stärkster Gegenkandidat auftrat, beharrte er auf seiner Absicht, nach seiner Wahl die Rechte mit der Regierungsarbeit zu beauftragen. Reichskanzler Brüning kannte Hindenburgs Absicht. Er hat sich dennoch als der leidenschaftlichste Wahlkämpfer für Hindenburg erwiesen, obwohl er wusste, dass der Reichspräsident ihn bei nächster Gelegenheit entlassen würde. Mehr Loyalität und

Selbstverleugnung, als Brüning aufbrachte, war nicht möglich (W. Pyta, 2007). Dass Hindenburg schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Zentrumsanhänger und nicht mit den Stimmern der Rechten wieder gewählt wurde, konnte er kaum verwinden und legte dies in der Folge Brüning zur Last. Auch das Resultat der Wahl kreidete er ihm persönlich an. Hindenburg richtete am Tag nach der Wahl eine Ansprache an das deutsche Volk, in der deutliche Signale auf Versöhnung mit Adolf Hitler gesetzt wurden (W. Pyta, 2007)

Demontage Brünings

Seinem Groll auf den Reichskanzler ließ der wieder gewählte Reichspräsident in der Folge ungezügelter Lauf. Einen Anlass, den Kanzler zu attackieren, bot ihm das Verbot von SA (»Sturmabteilungen«) und SS (»Schutzstaffeln«), den Privatarmeen Adolf Hitlers, vom April 1932. Das Verbot ging auf Forderungen der wichtigsten Innenminister der Länder zurück (H. A. Winkler, 2011) Brüning und Reichswehr- und -innenminister Wilhelm Groener hatten dieses Verbot dem Reichspräsidenten wider dessen Willen abgetrotzt. Es war im Sinne Hindenburgs kontraproduktiv, da er Hitler und die Nationalsozialisten für eine Regierungsbeteiligung zu gewinnen suchte, und Hitler daher nicht verärgern mochte.

Während Hindenburg zunächst noch mit dem Gedanken spielte, Brüning zwar nicht als Kanzler, aber als Außenminister zu halten, war das SA-Verbot Anlass für ihn, Reichsinnenminister Groener, noch zu Kriegszeiten Nachfolger Ludendorffs in der Obersten Heeresleitung und somit als General und enger Mitarbeiter ihm von früher vertraut, öffentlich zu desavouieren. »Groener war sich klar darüber, daß Hindenburg ihn nicht aus alter Kameradschaft zumindest im Amt des Wehrministers halten würde. In den letzten Wochen der 3. Obersten Heeresleitung und bei der Überführung der kaiserlichen Armee in die Dienste der Republik hatte er Hindenburg gründlich kennengelernt und wußte, daß dieser althergebrachten preußischen Vorstellungen von lebenslanger Treue nicht anhing. Wer trotz altpreußischer Erziehung dem Monarchen am 9. November 1918 zur Flucht ins Exil geraten hatte, besaß auch zu alten Weggefährten ein nüchternes Verhältnis und trennte sich ganz unsentimental von diesen, wenn sie zur Belastung für sein alles überragendes politisches Projekt wurden.« Aber auch Heinrich Brüning wusste: »Hindenburg kalkulierte wie ein durch und durch herrschaftsbewußter Politiker, und Brüning war klar, daß den gelegentlichen Treueschwüren Hindenburgs keinerlei Wert beizumessen war.« (W. Pyta, 2007)

Hindenburg erteilte regelrecht den Auftrag, »Groener zu erledigen« und »das Kabinett Brüning zu Fall zu bringen.« Er wollte bereits zu diesem Zeitpunkt »mit den Nationalsozialisten ins Geschäft kommen«. (W. Pyta, 2007) Aber Brüning sah nicht tatenlos seiner Demontage zu. Seine »Pfunde« waren die kurz vor dem Erfolg stehenden außenpolitischen Bemühungen. Brüning solidarisierte sich mit Groener. Nicht nur damit war das Verhältnis zwischen Hindenburg und Brüning zerrüttet. Auch Brüning war sich dessen klar; am 30. Mai 1932 beschloss das Kabinett Brüning die Demission einzureichen. »Als Brüning dem Reichspräsidenten am 30. Mai 1932 um 11.55 Uhr dieses Demissionsgesuch überreichte, ließ Hindenburg ihn seine Ungnade noch einmal überdeutlich spüren. Ganze dreieinhalb Minuten nahm sich Hindenburg, um jenen Mann zu verabschieden, den er wiederholt seines ungeteilten Vertrauens versichert hatte und dessen außenpolitisches Geschick er schätzte. Aber Brüning hatte sich in seinen Augen ungebührlich benommen, weil er sich politisch aufgespielt und in die präsidiale Prerogative einzugreifen versucht hatte. Hindenburg bestrafte ihn, indem er den Termin für die Verabschiedung auf fünf Minuten vor 12 Uhr legte. Denn um 12 Uhr hatte der Reichspräsident die vor seinem Palais aufziehende Marinewache zu begrüßen, die erstmals in dieser Form den Tag der Skagerrakschlacht würdigte. Der Feldherr des Weltkriegs und Oberbefehlshaber der Reichswehr empfing

Brüning wie einen kleinen Leutnant, der es gewagt hatte, gegen die Anweisungen seines Vorgesetzten zu rebellieren und daher gestutzt werden mußte.« (W. Pyta, 2007)

»Der Sturz Brünings war ein tiefer historischer Einschnitt. Am 30. Mai 1932 endete die erste, gemäßigte, parlamentarisch tolerierte Phase des Präsidialsystems. Es begann eine zweite, autoritäre, offen antiparlamentarische Phase.« Wirtschaftlich betrachtet, war in der Phase bis zur nächsten Reichstagswahl im Jahre 1934 mit Prosperität und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen – und damit einem Rückgang des Zulaufs zu den extremen Parteien. »Mit dem Übergang vom gemäßigten zum antiparlamentarischen Präsidialsystem zerstörten Hindenburg und die alten preußischen Machteliten diese Chance. Sie spitzten die Staatskrise dramatisch zu und brachten Deutschland damit in eine Lage, die mit verfassungsmäßigen Mitteln kaum noch zu meistern war.« (H. A. Winkler, 2011)

Die Ereignisse in den Monaten der Kanzlerschaft Franz von Papens bis 2. Dezember 1932 und Kurt von Schleichers von Dezember 1932 bis zum 29. Januar 1933 sind von einer solchen Dichte, dass sie hier nicht angemessen dargestellt werden können. Hindenburg bediente sich der beiden Kanzler, um Kontakte zur rechten Parteiszene im allgemeinen und zu Hitler und den Nationalsozialisten im besonderen herzustellen, um seinem Ziel einer »nationalen Konzentrationsregierung« (W. Pyta, 2007) näher zu kommen.

Hindenburg hat Adolf Hitler in diesen Monaten mehr und mehr die Einigung der Nation – sein überragendes politisches Projekt – zugetraut. Schon am 21. November 1932 erteilte er Hitler einen Regierungsauftrag. Hitler hat den Auftrag abgelehnt, » ... weil Hindenburg ihm den Zugriff auf sämtliche präsidiale Vollmachten verweigert hatte, auf die sich alle Reichskanzler seit Brüning hatten stützen können, insbesondere den Rückgriff auf die Notverordnungsvollmachten und die Auflösungsbefugnis.« Hitler forderte aber mehr als die bisherigen Reichskanzler, nämlich die weitgehende Preisgabe der Präsidialgewalt. (W. Pyta, 2007) Dazu war Hindenburg – noch – nicht bereit. Da aber weder Franz von Papen, eigentlich sein »Kanzlerfavorit«, noch der unbotmäßige Kurt von Schleicher die Einigung der Rechten bewerkstelligen konnte, wurde der 30. Januar 1933 möglich.

»Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war *nicht* der unausweichliche Ausgang der deutschen Staatskrise, die mit dem Bruch der Großen Koalition am 27. März 1930 begonnen und sich seit der Entlassung Brünings am 30. Mai 1932 dramatisch zugespitzt hatte. ... Nichts zwang den Reichspräsidenten dazu, Hitler zum Reichskanzler zu machen. Hitlers Massenbewegung machte seine Ernennung möglich, aber erst durch den Willen Hindenburgs und des Milieus, das er verkörperte, wurde er Kanzler.« (H. A. Winkler, 2011)

Hindenburg und der Führer

Der «Tag von Potsdam»

Reichspräsident Hindenburg löste ohne zwingenden Grund am 1. Februar 1933 den Reichstag auf. Das gab Hitler Gelegenheit, sieben Wochen lang das Parlament auszuschalten. Schon am 30. Januar 1933 gab es die erste Kabinettsitzung der neuen Regierung. Hitler tat alles, »um den Eindruck eines honorigen, ernsthaft arbeitenden Staatsmannes zu erwecken. ... Ganz deutlich wurde die politische Kontinuität im Einsatz der präsidialen Notverordnungsgewalt. Die Regierung Hitler knüpfte dort an, wo Papen und Schleicher aufgehört hatten. Sie dehnte die Macht der Exekutive durch die Mittel der Präsidialregierung aus, bis die Verfassungsordnung völlig zerstört war.« (H.-U. Thamer,

1986) Anders als noch mit den Reichskanzlern Papen und Schleicher war nun das Verhalten Hindenburgs. Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler erloschen umgehend alle politischen Eigeninitiativen bei Hindenburg. Wenn er in der Folgezeit Notverordnungen unterzeichnete, dann nur, »um der Regierung neue Machtmittel an die Hand zu geben, die es ihr gestatteten, eine von der Präsidentialgewalt unabhängige Basis aufzubauen.« (W. Pyta, 2007)

Schon am 4. Februar 1933 unterzeichnete Hindenburg eine »Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes«, die den Machthabern das Verbot von Zeitungen und Versammlungen nahezu jederzeit ermöglichte. Ungehindert konnte Hermann Göring, seit dem 30. Januar kommissarischer preußischer Innenminister, SA und SS in Preußen als Hilfspolizei einsetzen. Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, der der KPD zur Last gelegt wurde, konnte Hitler dem Reichspräsidenten eine Notverordnung zur Unterschrift vorlegen, die als »Grundlegung der Diktatur« bezeichnet werden kann, da sie die Suspendierung sämtlicher bürgerlicher Grundrechte erlaubte.

Vor der Reichstagswahl – sie sollte die letzte sein - kam es zu gewalttätigen SA-Überfällen bei Versammlungen, auch auf Zentrums- und sozialdemokratischen Veranstaltungen. Appelle der Zentrumsführer und einiger Hochschullehrer an Hindenburg verhallten unbeantwortet. Das Ergebnis der Wahl vom 5. März 1933, die die NSDAP mit Abstand zur größten Fraktion im Reichstag machte, betrachtete Hindenburg als glanzvolle Bestätigung seiner Entscheidung vom 30. Januar 1933. Zur Eröffnung des Reichstags am 21. März 1933 organisierte Joseph Goebbels ein spektakuläres Fest in Potsdam, das zur „Nationalen Versöhnungsfeier“ stilisiert wurde. Hindenburg ließ sich als Symbol der Verbindung des „alten und neuen Deutschland“ inszenieren (H.-U. Thamer, 1986). In preußischer Marschallsuniform verkörperte er die Verbrüderung des Preußentums mit dem Nationalsozialismus. Die deutsche und internationale Öffentlichkeit waren geblendet. Schon am 23. März beschloss der Reichstag das »Ermächtigungsgesetz«, mit dem das Parlament sich selber entmachtete; am 24. März unterzeichnete Hindenburg das Gesetz.

»Röhm-Putsch«

Während Adolf Hitler und andere Parteigrößen nach der erfolgreichen Machtergreifung die nationalsozialistische »Revolution« für beendet erklärten, verlangte die Masse der SA-Angehörigen weitergehende, auch soziale Veränderungen. Beim Stabschef der SA, Ernst Röhm (1887-1934) gab es durchaus Pläne, bei der »Wiederwehrhaftmachung« Deutschlands der SA eine bevorzugte Rolle zuzuweisen. Das beobachtete die Reichswehrführung misstrauisch, ebenso wie der Oberbefehlshaber der Reichswehr Hindenburg. Ihm aber war es ein wichtiges Anliegen, der Generalität Macht und Stabilität im Reich zu sichern.

Die NS-Führer konstruierten die Gefahr eines Aufstandes durch die bewaffnete SA („Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934). Adolf Hitler und Hermann Göring selbst sowie weitere hohe NS-Führer planten minuziös die Ermordung Ernst Röhm's, zahlreicher weiterer SA-Führer und vieler missliebiger Opponenten. Zu den Opfern zählte auch Erich Klausener, der Leiter der Katholischen Aktion in Berlin, der den Nazis als »gefährlicher Katholikenführer« verhasst war. »Hitler konnte einen solchen Schritt nur wagen, weil er sich der Rückendeckung Hindenburgs gewiß war.« (W. Pyta, 2007) Anlässlich seiner Berichterstattung über die Mordaktion nahm der Reichskanzler Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg die für ein Staatsoberhaupt unerhörte Bestätigung »Das ist richtig so, ohne Blutvergießen geht es nicht« entgegen. Auch der von Hindenburg 1932 für einige Monate zum Reichskanzler ernannte ehemalige Berufssoldat General Kurt von Schleicher und seine Ehefrau wurden in

ihrem Haus überfallen und ermordet. Dem 1933 vom Hauptmann d. R. zum General beförderten Hermann Göring sandte Hindenburg zu diesem verbrecherischen Vorgehen ein Glückwunschtelegramm, unterzeichnet „mit kameradschaftlichen Grüßen“.

Politisches Testament

Am 31. Juli 1934 erkrankte Hindenburg ernsthaft. »Selbst als die Krankheit ihr Endstadium erreichte, blieb Hindenburg im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Erst zwanzig Stunden vor dem Ableben fiel er in Bewusstseinsstrübungen, erkannte aber Hitler, als dieser den Sterbenden aufsuchte.« (W. Pyta, 2007) Am Morgen des 2. August 1934 starb Paul von Hindenburg. Er hat der Nachwelt ein politisches Testament hinterlassen, wie es in der preußischen Geschichte Tradition hat. Es wurde am 11. Mai 1934 niedergeschrieben und am 15. August 1934 veröffentlicht. Noch einmal bekräftigte er die Dolchstoßlegende, die Mär von der verräterischen »Heimatfront«.

Der Schlussteil lautet:

»Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zur inneren Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan. Ich weiß, daß vieles noch zu tun bleibt, und ich wünsche von Herzen, daß hinter dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenschlusses der Akt der Versöhnung steht, der das ganze deutsche Volk umfaßt.

Ich scheid von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte, und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.

In diesem festen Glauben an die Zukunft des Vaterlandes kann ich beruhigt meine Augen schließen.

Berlin, den 11. Mai 1934

von Hindenburg.«

(Zitiert nach Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966)

Dr. Hannes Lambacher